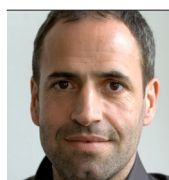




STANDPUNKT

**focus 1/17**  
Februar

## Wir sind die Parallelgesellschaft!



**Mark Terkessidis**

Journalist, arbeitet zu (Populär-)Kultur, Migration und sozialem Wandel.  
Letztes Buch: «Kollaboration» (Suhrkamp)

Ein Kulturförderungsgesetz, das auch die kulturelle Teilhabe umfasst, ist eine große Errungenschaft, macht aber mehr Arbeit als man denkt. Im Kulturbetrieb wird gewöhnlich angenommen, dass denen, die teilhaben sollen, etwas fehlt – die Sprache, die Voraussetzungen, die Kapazitäten oder der Zugang. Allerdings haben die Leute, die nicht in die Theater, Museen oder Galerien strömen, zu meist gar nicht das Gefühl, ihnen würde etwas fehlen. Jugendliche zum Beispiel sind heute fast durchwegs mehrsprachig und technikaffin. Sie sind hochgradig in das verwickelt, was der Philosoph Gernot Böhme als «ästhetische Arbeit» bezeichnet (Kosmetik, Mode etc.) und betreiben alle möglichen Formen von «participatory cultures» (soziale Netzwerke, Blogs, Youtube-Videos etc.). Diese Jugendlichen sind also nicht ohne kulturelle Praxis, sie haben bloss nicht an jenem Bereich teil, den wir für relevant halten.

«Wir» jedoch, die wir die Kulturinstitute nutzen, machen im deutschsprachigen Europa gerade mal 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung aus. «Wir» sind nicht jung und gehören zur gebildeten Mittelschicht ohne Migrationshintergrund. Angesichts einer Gesellschaft, die in jeder Beziehung eine Vielheit darstellt, stellen wir eine veritable Parallelgesellschaft dar. Daher sollten uns vielleicht diese Jugend-

lichen, Personen mit Migrationshintergrund, die «Bildungsfernen» oder jene mit Behinderungen an die Hand nehmen und uns in die Realität einer Gesellschaft der Vielheit führen.

Oft geht es weniger um Kulturvermittlung als vielmehr um KulturERmittlung. Wenn es keinen gegenseitigen Lernprozess gibt, dann wird dieses Gesetz ebenso im Sande verlaufen wie ähnliche Initiativen in den 1970er Jahren. «Kollaboration», Zusammenarbeit, wäre ein gutes Leitprinzip, um die notwendigen Prozesse zu beschreiben. Es geht eben nicht nur darum, die «anderen» an «unsere Angebote» heranzuführen, sondern auch darum, ob «unsere Angebote» noch zeitgemäss sind. Es geht nicht nur darum, neue Publikumschichten zu erschließen, sondern etwa bei einer Ausstellung auch um die Einbeziehung einer Vielheit in Ideenfindung, Konzeptentwicklung, Vermittlung, technische Planung oder Aufbau.

Die kollaborative Herangehensweise erweist sich adäquat in Zeiten, in denen «wir» realistisch nicht mehr so genau wissen, wie unser Kulturbegriff lautet, wozu «unsere Angebote» da sind und wie die Kriterien für Qualität definiert werden können. Teilhabe sollte keine «Designformel» sein, wie Hans Althoff gesagt hat, sondern eine gemeinsame Anstrengung, die Kultur auf eine aktuelle Weise neu zu legitimieren.

### Liebe Leserin, lieber Leser

«Kulturelle Teilhabe» – was ist neu an diesem Anspruch, der möglichst Viele dazu zu bringen soll, sich mit Kultur auseinanderzusetzen und sich selber kulturell zu betätigen? Die Kulturbotschaft 2016-2020 des Bundes legt einen besonderen Schwerpunkt auf kulturelle Teilhabe. Und infolgedessen wurde das Thema auch im Nationalen Kulturdialog behandelt. Die dortige Diskussion gab Anlass zu einer Tagung, die sich im Januar der Förderung der kulturellen Teilhabe widmete.

Gerade für Städte und Gemeinden ist es bedeutsam, bei breiten Teilen der Bevölkerung ein Interesse für Museen, Theater, Konzerte und Bibliotheken wecken zu können. Diese Aktivitäten gezielter mit der Kulturpolitik von Bund und Kantonen abzustimmen, ist ein wichtiger Schritt. Der vorliegende «focus» leistet einen Beitrag hierzu.

Ihre focus-Redaktion

### Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

## INTERVIEW

## «Kulturelle Partizipation kann auch die Integration beschleunigen»


**Nathalie Leuenberger**  
**Stadtpräsidentin von Meyrin**

Die Sozialdemokratin (\*1977) war von 2011 bis 2015 Mitglied des Stadtparlaments von Meyrin. Anschliessend wurde sie für die Legislatur bis 2020 in den Stadtrat gewählt. In der Regierung ist sie unter anderem verantwortlich für das Soziale, die Frühförderung, die Kultur und sie amtiert in diesem Jahr als Stadtpräsidentin.

**«Kulturelle Teilhabe», ist das wirklich etwas Neues?**

In Meyrin ist die kulturelle Teilhabe eigentlich nichts Neues, denn bereits 1965 gründeten die Bewohner unserer «Satellitenstadt» einen Verein, um ein Kulturzentrum einzurichten. Realisiert wurde dieses erst 30 Jahre später! Was mir am Begriff der kulturellen Teilhabe heutzutage neu erscheint, ist diese starke zivilgesellschaftliche Ausrichtung, die auf einer Wertschätzung des Miteinanders beruht. Dynamik erhält das Konzept aus dem Bewusstsein, dass Kunst und Kultur starke Kräfte sind, um neue Denkweisen zu prägen.

**Wie setzen Sie die Idee der kulturellen Teilhabe in Meyrin um?**

Wir sehen unsere Politik als Gesamtprozess, der sich an alle Bevölkerungsgruppen richtet. Wir haben ein Kulturdepartement geschaffen, das die kulturellen Dienste, die Bibliothek und unser Kulturzentrum «Forum» umfasst. In enger Kooperation wird dort ein Programm erarbeitet, bei dem auch rund 30 Vereine einbezogen werden. Wir achten darauf, dass die Teilnahme an den Kursen und Workshops gratis oder sehr günstig ist.

**Bewährt sich dieses Vorgehen?**

Ich habe das Gefühl, partizipative Prozesse sind richtiggehend in die DNA unserer Stadt übergegangen. Jedes Projekt wird darauf ausgerichtet, möglichst viele Personen

anzusprechen. Wir stützen uns hierbei auf eine breite Vernetzung unter den Akteuren. Gut beschreiben lässt sich dies bei der Veranstaltung zum Film «Demain», die von der Vereinigung «Meyrin durable» (Nachhaltiges Meyrin) initiiert wurde. Wir haben da ein ganzes Rahmenprogramm zusammengestellt: In der Bibliothek gab es Bürgercafés zum Thema Nachhaltigkeit und die Kulturabteilung der Verwaltung zeigte die Bilderausstellung «Voyage vers» von Mario del Curto. Eine andere Arbeit dieses Künstlers thematisiert den Erhalt traditioneller Pflanzenarten. Daraus wiederum entstanden Workshops der Stadtgärtnerei. Besonders gefreut hat mich, dass einige Wochen später ein Projekt aus der Bevölkerung vorgeschlagen wurde: Es sollten eine «Pflanzensammlung» und ein Gemüsegarten entstehen. Die Gemeindeverwaltung und die Vereine unterstützen die Bevölkerung nun bei der Umsetzung dieses Projektes.

**Wo sehen sie Schwierigkeiten bei der Umsetzung der «kulturellen Teilhabe»?**

Eine primäre Herausforderung besteht darin, in der Politik zu vermitteln, dass Partizipationsprozesse zu genau jenen Nachhaltigkeitszielen beitragen, denen wir uns verschrieben haben. Partizipation benötigt auch genügend Mittel, um die Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Kunst und der kulturellen Beteiligung zu unterstützen. Eine weitere Problematik stellt der Zugang zur Kultur dar, der in der Vorstellung vieler noch

immer einer Elite vorbehalten ist.

**Welche Rolle spielen der Nationale Kulturdialog und das Bundesamt für Kultur?**

Die Kulturbotschaft 2016-2020 zeigt auf, welchen Beitrag die Kulturpolitik zur Bewältigung der Herausforderungen im neuen Jahrtausend leisten kann. Das BAK und der Kulturdialog würdigen den kulturellen Reichtum unseres Landes und fördern dessen Innovationspotential. Dies freut mich und bestätigt mich in meiner Arbeit. Dennoch könnte man aber noch einen Schritt weitergehen, dies ausgehend vom Wissen, dass 90 Prozent der Bevölkerung keine traditionellen Kulturinstitutionen besuchen. Die Kreativität und die Kraft der gemeinsamen Ideen zeigt sich dafür umso mehr «vor Ort» – zum Beispiel in den Quartieren. Quartiere sind zu Laboratorien bei der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens geworden. Kulturelle Partizipation kann beispielsweise auch die Integration beschleunigen. Bei solchen Themen könnte das BAK die Aktivitäten der Städte, in denen sich dieser kulturelle Wandel vollzieht, noch stärker unterstützen.

**Wie sieht Meyrin in 20 Jahren aus?**

Wir werden eine Stadt sein, die die Nachhaltigkeit lebt. Das Gemeinschaftsgefühl wird auch von der Idee der Bürgerpartizipation getragen werden. Und das Wissen, was möglich ist, wenn alle zusammenarbeiten, wird vielen Freude bereiten.

## THEMA

# Die «kulturelle Teilhabe»: eine neue demokratische Herausforderung?

**Obwohl eine strategische Handlungsachse der eidgenössischen Kulturpolitik, haftet der «kulturellen Teilhabe» etwas Unbestimmtes an. Wie stellt sich dieses Aktionsfeld zu anderen Modellen, die bis anhin ein breites Publikum für die Kultur zu gewinnen suchten? Und inwiefern trägt sie zu einer Demokratisierung der Kultur bei?**



**Isabelle Moroni**

Die Politikwissenschaftlerin ist Professorin an der Hochschule für Soziale Arbeit HES-SO Wallis.

Die Kulturbotschaft 2016-2020 macht die «kulturelle Teilhabe» zu einer strategischen Handlungsachse der eidgenössischen Kulturpolitik. Doch was verbirgt sich hinter diesem Begriff, unter dem je nach Kontext und Anwendungsbereich Unterschiedliches verstanden und der mit verschiedensten Projekten und Aktivitäten konkretisiert wird? Die gesamte begriffliche Breite der «kulturellen Teilhabe» kann nur erfasst werden, wenn sie in den kulturpolitischen Diskussionen verortet wird, die seit der Mitte des 20. Jahrhunderts die Verbindung zwischen der Kultur und der Gesellschaft zu stärken versuchen. Besonders den Bestrebungen der öffentlichen Hand, den Zugang zur Kultur zu erleichtern, liegen verschiedene Visionen zugrunde. Diese mögen sich teilweise widersprechen und stellen die Frage nach einem guten Zusammenleben, resp. wie dieses erreicht werden kann, immer wieder neu. Die kulturelle Teilhabe ist in dieser Perspektive eine mögliche Antwort auf die Herausforderungen des sozialen Zusammenhalts und der demokratischen Mitgestaltung in unserer heutigen Gesellschaft.

Bevor wir uns auf diese Antwort einlassen, sollen die verschiedenen Handlungsmodelle beschrieben werden, in welcher die kulturelle Teilhabe «historisch» entstanden ist.

## Von der Demokratisierung zur Kulturdemokratie, Öffnung des kulturellen Feldes

André Malraux vertrat als erster mit Verve und Leidenschaft ein Ideal der Demokratisierung der Kultur, das noch heute die Kulturpolitik weit über Frankreich beeinflusst. Für Malraux teilen alle Menschen, so unterschiedlich sie auch sein mögen, eine gemeinsame Wertebasis, gewissermassen eine «Grande Cul-

ture», die die Unwägbarkeiten von Zeit und Geschichte überdauert. Vor dem Hintergrund des universellen Anspruchs dieser prägenden Werke – gestern und heute – setzt sich die Demokratisierung der Kultur zum Ziel, für die gesamte Bevölkerung die gleichen Zugangschancen zu Kultur und zum kulturellen Erbe zu schaffen. Dies, indem eine Reihe von Massnahmen zugunsten der Bildung, der Vermittlung und des kulturellen «Marketings» entwickelt werden.

**«Die kulturelle Teilhabe ist eine mögliche Antwort auf die Herausforderungen des sozialen Zusammenhalts und der demokratischen Mitgestaltung.»**

Das demokratische Ideal von Malraux wurde mitunter als elitär und gegenüber der kulturellen Vielfalt als zu indifferent kritisiert; allmählich wurde es durch ein Modell der kulturellen Demokratisierung abgelöst, das eine neue Vision zur Verbindung von Kultur und Gesellschaft postulierte. Dieses Ideal der kulturellen Demokratisierung vermeidet jegliche Hierarchisierung zwischen «Hochkultur» und «Populärkultur», inklusive Unterhaltung und Vergnügen. Es geht darum, alle kulturellen Ausdrucksweisen zu anerkennen und zu würdigen, unabhängig davon, ob sie in Jugendmilieus, auf der «Strasse» oder in der Migrationstradition oder aus Freizeitbeschäftigungen entstanden sind... In diesem Kulturverständnis wird der kreative Ausdruck zu einer Quelle der persönlichen Verwirklichung und von Geselligkeit und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

**«Partizipationsprozesse bleiben höchst unsicher und labil.»**

Der traditionelle Gegensatz zwischen diesen beiden Modellen scheint heutzutage in den Debatten zu verblasen. Es etabliert sich eine Art Konsens, nach welchem die Kultur insgesamt zur nachhaltigen gesellschaftli-

chen Entwicklung beiträgt, ebenso wie die Wirtschaft, das Soziale und die Umwelt. Projekte und Massnahmen für eine räumliche Entwicklung an einem spezifischen Ort bedingen so eine Kooperation und Partnerschaften von unterschiedlichstem Fachwissen und diverser Interessen. Die Partizipation der Bevölkerung verstärkt diese kollaborative Dynamik und wird so zum prägenden demokratischen Prinzip einer nachhaltigen kulturellen Entwicklung.

## Die kulturelle Partizipation – ein demokratischer Experimentierraum

Als «Hybrid» zwischen Demokratie und kultureller Demokratisierung und eng mit den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung verknüpft, steht die kulturelle Teilhabe für ein demokratisches Ideal, das die kulturelle Vielfalt umfasst, ohne dabei die Autonomie von Kunst und Kultur ausser Acht zu lassen. Die kulturelle Teilhabe bringt verschiedene innovative Projekte hervor, in denen sich die «gelehrte» Kultur mit der populären Kultur verbindet, in denen sich professionelles und nicht-professionelles Kulturschaffen vermischen und in denen etablierte Kulturinstitutionen und Alltagsorte zusammenkommen. Mit dieser wahrhaft demokratischen Tragweite eröffnen diese kreativen Ansätze kollektive Erfahrungsräume, dank denen angestammte Identitäten, Ideen und Gewohnheiten ins Wanken geraten.

**«Kreative Ansätze eröffnen kollektive Erfahrungsräume, dank denen angestammte Identitäten, Ideen und Gewohnheiten ins Wanken geraten.»**

Allerdings entstehen gemeinsame Erlebnis-, Diskussions-, und Reflexionsorte nicht einfach von selbst. Je nach Partnern, Kontext und involvierten Bevölkerungsgruppen bleiben Partizipationsprozesse höchst unsicher und labil. Und hier liegt auch die grösste Schwierigkeit bei der öffentlichen Förderung der kulturellen Teilhabe: Partizipationsvorhaben dürfen nicht durch allzu strenge Vorgaben der Kulturpolitik eingeschränkt werden; vielmehr müssen die vielversprechenden Risiken des Zufalls und des noch nie Dagewesenen zugelassen werden!

## POLITIK

## Ausblick auf die Frühjahrssession

Mit der Altersvorsorge 2020 und dem Stabilisierungsprogramm 2017-2019 befinden sich zwei für den Städteverband bedeutende Geschäfte in der ersten Session des neuen Jahres auf der Zielgeraden. Die Organisation der Bahninfrastruktur und die Finanzierung des regionalen Personenverkehrs sind derweil erst in der Startphase. Daneben sind mehrere Vorstösse zu den Ergänzungsleistungen (EL) und zur Pflegefinanzierung traktandiert, wobei die Ständeratskommission bereits mit der Beratung der EL-Gesamtreform begonnen hat.

### Die Bahn auf dem Prüfstand

Die Eisenbahnunternehmen sollen beim Zugang zur Bahninfrastruktur alle gleich behandelt werden. Dazu sollen unter anderem eine unabhängige Trassenvergabestelle eingerichtet und die Systemführerschaften neu geregelt werden. Für Letzteres fordert das BAV zusätzliche Weisungsbefugnisse ein. Der Städteverband lehnt diese Regelung ab, weil damit das Mitspracherecht von Kantonen und Gemeinden eingeschränkt wird. Die Kommission des Nationalrats sieht dies ähnlich. Sie beantragt deshalb, das Geschäft dem Bundesrat zur Überarbeitung zurückzuweisen.

Der Ständerat berät zudem den Vorschlag

des Bundesrats, die Angebote des regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2018 bis 2021 mit rund vier Milliarden Franken zu unterstützen. Die zuständige Kommission möchte diesen Kredit noch um weitere 144 Millionen Franken erhöhen. Dies entspricht auch den Forderungen des SSV.

### Gratwanderung bei der Altersvorsorge

Der Nationalrat befasst sich zum zweiten Mal mit der Reform der Altersvorsorge 2020, um die Differenzen zum Ständerat zu bereinigen. Viel zu diskutieren geben dürfte, wie die Rentenverluste der zweiten Säule kompensiert werden können. Hier schlägt die Kommission des Nationalrats ein günstigeres Modell vor als die vom Ständerat vorgeschlagene Erhöhung der AHV-Renten um 70 Franken.

Ein weiterer Zankapfel ist die vom Nationalrat geforderte automatische Erhöhung des Rentenalters über einen Stabilisierungsmechanismus. Ob die beiden Räte ohne die Hilfe einer Einigungskonferenz zu einem Kompromiss finden, wird sich weisen. Der SSV erwartet eine ausgeglichene Lösung, die die Finanzierung der Versicherung langfristig sichert, ohne aber bei den Versicherten schmerzhaft Einbussen zu verursachen.

### Finanzen in der Spur halten

Beim Stabilisierungsprogramm 2017-2019 ist geplant, dass die Vorlage in der Frühjahrssession zu Ende beraten wird. Das Geschäft geht zuerst an den Nationalrat, der über die Anträge seiner Finanzkommission zu befinden hat. Diese möchte höhere Kürzungen vornehmen als der Ständerat, namentlich beim Etat der Bundesverwaltung und bei den Bundesbeiträgen an die Prämienverbilligungen. Der Ständerat hat sich dagegen ausgesprochen, weil er eine Kostenverschiebung zu den Kantonen befürchtet. Aus Sicht der Städte besteht die Gefahr, dass eine solche auch auf die kommunale Ebene abgewälzt wird.

### Rote Ampel fürs KELS?

Das Klima- und Energielenkungssystem KELS ist Teil der Energiestrategie 2050 und soll den Übergang von einem Förder- zu einem Lenkungssystem regeln. Die Kommission des Nationalrats hat sich jedoch dafür ausgesprochen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Mit der CO<sub>2</sub>-Revision kommt das Thema Ende Jahr ohnehin wieder auf die Agenda. Thematisch mit beiden Geschäften verknüpft ist das Klimaabkommen von Paris, über dessen Ratifizierung der Nationalrat in der Session befindet.

## Vernehmlassungen

### Städten und Gemeinden ausreichende Bearbeitungsfristen gewähren

Die Asylverfahren sollen in der Schweiz künftig in rund sechs Monaten abgewickelt werden, die Bevölkerung hat der Reform im vergangenen Jahr zugestimmt. Zur Umsetzung sind nun verschiedene Verordnungsänderungen notwendig. So wurden kürzlich die Modalitäten der Plan genehmigungsverfahren, nach welchen die Bundes-Asylzentren künftig errichtet werden sollen, in die Vernehmlassung gegeben. Der Städteverband akzeptiert das baurechtliche Vorgehen grundsätzlich, spricht sich aber dafür aus, die theoretisch möglichen Enteignungen nur im äussersten Notfall anzuwenden. Zudem verlangt er, die Beachtung von kommunalem Baurecht im Verordnungstext explizit zu erwähnen. Zudem weist der SSV dar-

auf hin, dass den Gemeinden ausreichende Bearbeitungsfristen gewährt werden müssen, um Anregungen aus der Bevölkerung zu behandeln, die im Mitwirkungsverfahren eingegeben werden.

### Änderungen der Prämienregionen werden als positiv beurteilt

Das Eidgenössische Departement des Inneren EDI sieht für die Festlegung der Prämienregionen neu die Einteilung nach Bezirken und nicht mehr nach Gemeinden vor. Der Städteverband begrüsst diese Änderung, weil die Bestimmung, stets die Gemeinden als Einteilungsgrösse zu verwenden, nicht durchgehend zweckmässig war. Die SSV-Mitglieder unterstützen die Reduktion auf zwei Prämienregionen pro Kanton, sowie die Festlegung der maximal zulässigen Prämienunterschiede.

### An der Kontrolluntersuchung für betagte Autofahrer festhalten

Eine parlamentarische Initiative verlangt zu prüfen, ob die medizinische Kontrolluntersuchung, der sich Autofahrerinnen und Autofahrer derzeit ab 70 Jahren stellen müssen, künftig erst ab dem 75. Altersjahr durchgeführt werden soll. Für den Städteverband ist dies keine Option. Dies, weil betagte Personen einen allfälligen Krankheitsverlauf (z.B. Demenz) oft nicht selbst einschätzen können. Gesundheitliche Beeinträchtigungen können gerade im teilweise hektischen städtischen Verkehr eine Gefahrenquelle sein.

Weitere Vernehmlassungen unter:  
[www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen](http://www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen)

## AKTUELL

## Städteverband im Fokus

### Wegweisende Entscheide zu NAF, erleichteter Einbürgerung und USR III



Am 12. Februar fällte die Stimmbewölkerung wegweisende Entscheide zu drei Vorlagen, die auch für die Städte und städtischen Gemeinden von grosser Bedeutung sind. Mit dem deutlichen Ja zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF ist nun der Weg frei für dringend nötige Investitionen in den Stadt- und Agglomerationsverkehr. Der Bund beteiligt sich künftig unbefristet an Investitionen in den Agglomerationsverkehr. Der Städteverband ist erfreut, dass damit die Erfolgsgeschichte der Agglomerationsprogramme fortgesetzt werden kann.

Ebenfalls unterstützt hat der SSV die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation. Die Zustimmung von Volk und Ständen zu dieser Vorlage ebnet jungen Menschen, die hier aufgewachsen sind, den Weg für ein gesellschaftliches und politisches Engagement.

Nach dem Nein zur Unternehmenssteuerreform III fordert der Städteverband rasch eine neue Vorlage, die auf Städte und Gemeinden Rücksicht nimmt. Das Anliegen der Reform – die Abschaffung der Sonderbesteuerungsregeln – ist unbestritten. Eine neue Unternehmenssteuerreform muss Städte und Gemeinden an den Ausgleichszahlungen des Bundes beteiligen, auf die zinsbereinigte Gewinnsteuer verzichten und eine angemessene Gegenfinanzierung beinhalten. Auch soll der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer bei 21,2 Prozent bleiben. Wenn sich der Bundesrat an diesen Eckwerten orientiert, ist eine neue Vorlage ans Parlament bis im Sommer realistisch. Dies schafft Rechts- und Planungssicherheit.

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

### Tipps fürs Training der Schweiz als «Recyclingweltmeisterin»



Am 24. Januar 2017 fand in Biel der Recyclingkongress der Gemeinden statt. Das jährliche Treffen der Akteure der kommunalen Abfall- und Recyclingwirtschaft wurde von der Organisation Kommunale Infrastruktur OKI mit Swiss Recycling organisiert und stand unter dem Motto «Recyclingweltmeisterin Schweiz – fit für die Zukunft?»

Die Referierenden zeigten beispielsweise auf, dass Lösungen für das Recycling von pro-

blematischen Stoffen wie Asbest und radioaktiven Rückbauabfällen weiterzuentwickeln sind. Zentrales Thema der Tagung waren zudem die Änderungen bei den Vergütungen und Verträgen für die Sammlung von Elektro- und Elektronikaltgeräten ab 2017. Diskutiert wurde auch darüber, wie Social Media-Kanäle Städte und Gemeinden bei der Kommunikation zu Recyclingthemen unterstützen können, z.B. indem der Abfallkalender als App zur Verfügung steht.

Ausgezeichnet mit dem Swiss Recycling Award 2017 wurde Sabine Krattiger, Geschäftsführerin der Recyclingunternehmung Immark, für die Entwicklung einer innovativen Tonerrecyclinganlage. Die Referate des Kongresses stehen auf der OKI-Website zum Download zur Verfügung.

[www.kommunale-infrastruktur.ch](http://www.kommunale-infrastruktur.ch)

### Jahresversammlung des Netzwerks altersfreundlicher Städte



Das Netzwerk der altersfreundlichen Städte hat am 23. Januar in Bern seine Jahresversammlung abgehalten. Es bestätigte den Schaffhauser Sozialreferenten Simon Stocker als Präsident und bestimmte als Arbeitsschwerpunkt für den nächsten Austausch «altersgerechtes und generationenübergreifendes Wohnen». Es soll unter anderem eine Exkursion zu diesem Thema stattfinden.

[www.altersfreundlich.net](http://www.altersfreundlich.net)

### Nationale Tagung zur Digitalisierung in den Städten und Gemeinden



Wie sehen die politischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierung in den Verwaltungen aus? Sollen Städte vorangehen und Innovationen wagen oder anderen den Lead überlassen? Im Rahmen der nationalen Tagung «Alles digital oder was? Ein Megatrend findet Stadt» werden der technologische Wandel in Städten mit hochkarätigen Referenten und Referentinnen diskutiert und die Auswirkungen der Digitalisierung auf Verwaltung, Finanzen und Bürgernähe analysiert. In Workshops werden konkrete städtische Projekte vorgestellt und erläutert. Reservieren Sie sich bereits jetzt den 2. November 2017 – weitere Informationen folgen demnächst auf unserer Website.

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

## Kurzmeldungen

### Die Fussgänger im Blick

Alle drei Jahre prämiert der «Flâneur d'Or – Fussverkehrspreis Infrastruktur» Projekte, die das zu Fuss gehen attraktiver machen. Fussverkehr Schweiz, der Fachverband der Fussgängerinnen und Fussgänger, hat den nationalen Wettbewerb derzeit neu ausgeschrieben. Der Wettbewerb dient auch dazu, den Wissensaustausch unter Fachexperten zur Planung von Fussgängerprojekten zu erhöhen.

[www.flaneurdor.ch](http://www.flaneurdor.ch)

### Präventionskampagne startet

Die nächste «Dialogwoche Alkohol» findet vom 11. bis 21. Mai 2017 statt. Die Präventionswoche sensibilisiert für einen vernünftigen Umgang mit Alkohol. Interessierten Städten und Gemeinden wird von der Kampagnenorganisation auf der Website Material bereit gestellt.

[www.alcohol-facts.ch](http://www.alcohol-facts.ch)

### Handbuch zur Nachhaltigkeit

In der «Collection Le savoir suisse» hat das kurze Handbuch zur Nachhaltigkeit «Planète, sauvetage en cours» eine Neuauflage erhalten. Es erläutert in präziser Art und Weise die Konzepte und Entstehung des fast omnipräsenten Begriffs der nachhaltigen Entwicklung.

[www.ppur.org](http://www.ppur.org) (nur frz.)

### Ideen zum E-Government

Am 7. und 8. März 2017 findet das Swiss eGovernment Forum statt. Die Veranstaltung thematisiert insbesondere auch die Zusammenarbeit der föderalen Ebenen zur Erstellung von bürgernahen elektronischen Verwaltungsdienstleistungen. Der Städteverband patroniert den Anlass.

[www.infosocietydays.com](http://www.infosocietydays.com)



Stadtwerkekongress 2017

31. März 2017, Biel

# Agenda

## Schweizerischer Städteverband SSV

- 31. März 2017**      **1. Schweizerischer Stadtwerke-Kongress** in Biel  
Information: [www.stadtwerkekongress.ch](http://www.stadtwerkekongress.ch)
- 7. Juni 2017**      **Frühlingsseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern  
Information: [www.lebendige-quartiere.ch](http://www.lebendige-quartiere.ch)
- 31. August 2017/  
1. September 2017**      **Städtetag 2017** in Montreux  
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)
- 2. November 2017**      **Tagung «Alles digital oder was? Ein Megatrend findet Stadt»** in Solothurn  
Information: Barbara Brechbühl und Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)

## Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 19. Mai 2017**      **Mitgliederversammlung der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSF** in Bern  
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, [info@ksfd.ch](mailto:info@ksfd.ch)
- 19. Mai 2017**      **Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik** in Zürich  
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, [info@staedteinitiative.ch](mailto:info@staedteinitiative.ch)
- 16. Juni 2017**      **Mitgliederversammlung und Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität SKM** in Bern  
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, [info@skm-cvm.ch](mailto:info@skm-cvm.ch)
- 3. November 2017**      **Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik**  
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, [info@staedteinitiative.ch](mailto:info@staedteinitiative.ch)

## Weitere Organisationen

- 7./8. März 2017**      **Swiss eGovernment Forum 2017** in Bern (Patronat SSV)  
Information: [www.infosocietydays.ch](http://www.infosocietydays.ch)
- 27. April 2017**      **Smart Suisse - Strategiekongress** in Basel (Patronat SSV)  
Information: [www.smartsuisse.com](http://www.smartsuisse.com)
- 15. Mai 2017**      **Jahrestagung energie-cluster.ch: Herausforderungen & Umsetzung des Übereinkommens von Paris** in Bern (Patronat SSV)  
Information: [www.energiecluster.ch](http://www.energiecluster.ch)
- 23. Mai 2017**      **Mitgliederversammlung Trägerverein Energiestadt mit Fachveranstaltung** in Andermatt  
Information: [www.energiestadt.ch](http://www.energiestadt.ch)
- 13. - 16. Juni 2017**      **Suisse Public** in Bern (Patronat SSV)  
Information: [www.suissepublic.ch](http://www.suissepublic.ch)
- 5. Juli 2017**      **Schweizer Fachtagung zu Erscheinungsformen von Jugendgewalt – Hintergründe und Präventionsmöglichkeiten** in Zürich  
Information: [www.sifg.ch](http://www.sifg.ch)

### Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern  
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Karin Christen, Julia Imfeld, Lucas Müller, Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer; Übersetzungen: proverb  
Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Portrait Seite 1; Bild Seite 2: zvg  
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, [www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)  
Newsletter abonnieren: [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)